

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

mutsflüchtlinge) aus Kambodscha oder Laos, denen es ab Januar 2016 erlaubt sein wird, im ASEAN-Raum Arbeit zu suchen. Gleiches – politisch motiviert aber unrealistisch – trifft nach Angaben der Regierung auf Wanderarbeiter aus China zu, die der wachsenden Zahl chinesischer Firmen nach Vietnam folgen und dann nicht mehr nach China zurückkehren.

Wie überall suchen die erwarteten Wanderarbeiter bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Allerdings sind die Sorgen mancher ASEAN Schwellenländer reichlich übertrieben. Die in Europa seit Jahren zu verzeichnenden Flüchtlingsströme sind in z.B. Singapur ausgeblieben, weil ein rigides Einwanderungsgesetz in vielen ASEAN Staaten Immigration und Aufenthaltsstatus regelt. Kulturelle und religiöse Unterschiede sowie wirtschaftlich gleichwertige Bedingungen verhindern zudem auch in Zukunft größere Flüchtlingsströme in der ASEAN und wahrscheinlich ebenso in Asien.

Volksrepublik China

Thomas Awe / Alexander Badenheim (27.08.2015)

Eine der wesentlichen Begleiterscheinungen von Chinas rasantem ökonomischen Aufstieg (oder vielmehr Voraussetzungen für selbigen) ist die (Binnen-)Migration großer Teile der Landbevölkerung in die urbanen Zentren. Seit den 1980er-Jahren stieg die Zahl der zumeist arbeitssuchenden Binnenmigranten – *liudong renkou* oder *nongmingong* genannt – auf ca. 270 Millionen (Stand 2014) an. Damit liegt die Anzahl der mobilen Bevölkerung Chinas über der von den Vereinten Nationen auf 214 Millionen Menschen bezifferten Zahl internationaler Migranten. Schätzungen zufolge werden bis 2025 weitere 243 Millionen chinesische Arbeitsmigranten vom Lande in die Großstädte strömen. Daneben reisen jährlich 57 Millionen Ausländer in die Volksrepublik ein, von denen etwa 633.000 (2012) im Besitz einer über ein Touristenvisum hinausgehende Aufenthaltsgenehmigung sind.

Die Flüchtlingsfrage²⁶ bedarf einer separaten Betrachtung. Gemäß Weltbank bietet China 301.052 Flüchtlingen (2014) Schutz, bei denen es sich in erster Linie um in den 1970er-Jahren aus Indochina geflüchtete ethnische Chinesen und ihre Nachkommen handelt. Darüber hinaus sind derzeit 467 Asylsuchende (2014) in China registriert. Die Dunkelziffer illegal in China lebender *Defectors* (Überläufer) aus Nordkorea liegt bei rund 200.000.

Auf makroökonomischer Ebene kann die in der Menschheitsgeschichte beispiellose Landflucht auf den Überschuss an Arbeitskräften im ländlichen Raum bei gleichzeitig überwältigender Nachfrage nach geeignetem Personal in den Städten zurückgeführt werden. Der Wunsch nach Wohlstand, besserer Bildung und einem höheren Lebensstandard ist Ansporn für Millionen von Männern und Frauen, aus dem die Einkommensschere zwischen Stadt und Land zementierenden *hukou*-Wohnsitzmeldesystem auszubrechen und ihr Glück im produzierenden Gewerbe, Bau- und Dienstleistungssektor der Megalopole Peking/Tianjin, Shanghai/Nanjing und Hongkong/Guangzhou zu suchen. Obgleich die Pekinger Regierung bestrebt ist, mit Infrastrukturprogrammen einen Teil der Migrationsströme nach Xinjiang und Tibet im Westen Chinas umzuleiten, bleibt die Anziehungskraft der reichen Küstenprovinzen für die verarmten inländischen Arbeitsmigranten ungebrochen. Es ist daher davon auszugehen, dass die Urbanisierungsrate bis 2020 von 50 Prozent auf 60 Prozent ansteigen wird. Auch die sich über einen längeren Zeitraum im Land aufhaltenden Ausländer sind überwiegend in Chinas Großstädten anzutreffen. Guangzhou hat sich beispielsweise zum Hauptumschlagplatz von etwa 10.000 westafrikanischen Händlern entwickelt.

²⁶ Nach Art. 1 der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 ist ein Flüchtling im Unterschied zu einem Migranten eine Person, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Ethnie, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will.“

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

September 2015

www.kas.de

Demgegenüber wurde ein Großteil der vietnamesischen Flüchtlinge in den 1980er-Jahren in Guangxi angesiedelt und kann als vollständig in die chinesische Gesellschaft integriert bezeichnet werden.

Als Reaktion auf die stetig steigenden Zahlen an (Binnen-)Migranten wurde das 1959 etablierte *hukou*-System seit den 1980er-Jahren mehrfach modifiziert. Während 1979-1983 und 1989-1992 die Migration in städtische *hukou* streng untersagt war, standen die Jahre 1984-1989 und 1993-2006 im Zeichen einer Auflockerung des rigiden Wohnsitzkontrollsystems. Seit 2006 ist ein gradueller Übergang zur rechtlichen Anerkennung der Arbeitsmigranten in den Städten – zunächst auf lokaler Ebene, seit 2014 auf nationaler Ebene – zu konstatieren. Hierdurch könnte sich 100 Millionen Binnenmigranten bis 2020 der Zugang zu den städtischen Sozial- und Bildungsleistungen eröffnen, von denen sie bis dato ausgeschlossen waren.

Auch im Aufenthalts- und Einwanderungsrecht wurden in den letzten Jahren Reformen angestoßen. Das 2004 implementierte *Greencard*-System, das bisher lediglich von 5.000 Ausländern (2014) in Anspruch genommen werden konnte, soll modifiziert werden. Überdies beschloss das Ständige Komitee des 11. Nationalen Volkskongress 2012 ein neues Immigrationsadministrationsgesetz, das eine Vereinfachung der Einreisebestimmungen herbeiführen soll. Selbst nach dessen Implementierung bestehen in der Praxis jedoch weiterhin hohe Hürden.

Das besagte Gesetz enthält des Weiteren Paragraphen, welche die Registrierung der Flüchtlinge vom bisher zuständigen Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) auf nationale Behörden übertragen soll. Dass diese Gesetzesänderung ihren Niederschlag in gestiegenen Aufnahmezahlen finden würde, kann jedoch mitnichten behauptet werden. Im Gegenteil, die Volksrepublik China legt vor dem Hintergrund der Rohingya-Flüchtlingskrise in Südostasien und der Erdbebenkatastrophe von Nepal äußerste Zurückhaltung an den Tag und gerät außerdem immer wieder wegen der Rückführung nordkoreanischer Überläufer in die Schlagzeilen. Augenscheinlich räumt der Unterzeichnerstaat der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1967 hier dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und der Maxime innerer Stabilität Vorrang ein. Einzig, wenn es um den Schutz ethnischer Chinesen im Ausland geht, zeigt China größeres Engagement. Wie schon im Falle der in Indonesien und Malaysia diskriminierten und im Vietnamkrieg verfolgter „Auslandschinesen“ in der Vergangenheit, öffnete China Anfang 2015 für etwa 40.000 Angehörige der chinesisch-stämmigen Kokang-Minderheit in Myanmar vorübergehend die Grenze.

Auf lokaler und regionaler Ebene wird in Parteikreisen schon seit längerem über die Konsequenzen der (Binnen-)Migration debattiert. Dies kann kaum verwundern, müssen die Entscheidungsträger vor Ort doch Lösungen für die direkten und indirekten Folgen der Wanderungsbewegungen finden: Auf der einen Seite für Überbevölkerung, Wohnungsknappheit, Umweltverschmutzung und Kriminalität, auf der anderen Seite für Menschenhandel und das Problem der zurückgelassenen Kinder und Alten. Die sich einer hohen Belastung ausgesetzt sehende Guangdong-Provinz, die weniger als 7 Prozent der chinesischen Gesamtbevölkerung stellt, aber Anlaufziel von mehr als 27 Prozent der Wanderarbeiter ist, hat sich frühzeitig den Herausforderungen gestellt und 13 Millionen Binnenmigranten bis 2020 eine rechtliche Gleichstellung in Aussicht gestellt. Auf nationaler Ebene sorgt sich die um innere Stabilität bemühte KPCh insbesondere um die jährlich mehr als 100.000 *liudong renkou*-Proteste gegen Ausbeutung und für bessere Arbeitsbedingungen. Dass seit kurzem immer mehr Wanderarbeiter als Delegierte Aufnahme in den Nationalen Volkskongress finden, zollt den veränderten Realitäten Tribut. Insgesamt ist man sich in der Politik um den hohen Stellenwert der Arbeitsmigranten für das arbeitskräfteintensive Wirtschaftsmodell Chinas durchaus bewusst.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

In der chinesischen Presse findet ebenfalls eine Auseinandersetzung mit den Themen Migration und Integration statt. Es ist jedoch zu konstatieren, dass positive Nachrichten wie zum Beispiel Aufsteigerstories oder das Phänomen der größten jährlichen Migrationsbewegung der Welt im Zeitraum des chinesischen Neujahrsfests von der Berichterstattung bevorzugt aufgegriffen werden, während Geschichten, die wie der Skandal um den Apple-Zulieferer Foxconn 2010 nicht ins Bild passen, tendenziell weniger breit behandelt werden. Eine Ausnahme bleibt in dieser Hinsicht die Medienlandschaft der SAR Hongkong, welcher die Vorzüge der Pressefreiheit zugutekommen.

Die Flüchtlingskrisen in Europa und Südostasien stellen vor dem Hintergrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Turbulenzen im eigenen Land sowohl in der chinesischen Politik als auch in den chinesischen Medien eher untergeordnete Themen dar und werden kaum diskutiert.

Zu (zumeist unterschweligen) Spannungen zwischen Zugewanderten und Einheimischen kommt es vor allem in den Provinzen, die besonders viele Wanderarbeiter anziehen. In manchen Städten stellen Arbeitsmigranten 40 Prozent der Bevölkerung, was bei dem ein oder anderen Alteingesessenen Überfremdungsängste auslöst. Die Reformen des *hukou*-Systems werden kontrovers diskutiert, da einige Anwohner befürchten, auf dem Arbeitsmarkt fortan direkt mit den Binnenmigranten konkurrieren zu müssen und dadurch einer Preisdumping-Spirale ausgesetzt zu sein. Auch wird in der *hukou*-Reform ein Belastungstest für die ohnehin schwach ausgeprägten sozialen Systeme gesehen. Ungeachtet dessen herrscht in weiten Teilen der einheimischen Bevölkerung die Erkenntnis vor, dass sie ihren Wohlstand zu einem gewissen Grad den Binnenmigranten zu verdanken haben.

Die zahlenmäßig unbedeutenden 633.000 Ausländer und die als gut integriert geltenden 301.052 Flüchtlinge werden in China alles in allem kaum als Problem wahrgenommen. Lediglich dort, wo die Ausländerkonzentration besonders hoch ist, kommt es vereinzelt zu fremdenfeindlichen Vorfällen. Vor allem die afrikanische Gemeinde in Guangzhou berichtet von im Alltag auftretender Xenophobie und Rassismus. Die Eskalationsstufe der anti-afrikanischen Nanjinger Studentenproteste 1988-1989 erreichen diese Vorkommnisse indes nicht. Auch die anti-japanischen Proteste 2005 und 2012 richteten sich in erster Linie nicht gegen die in China lebenden Japaner, sondern die Politik der japanischen Regierung.

Fazit: Während die Flüchtlingsfrage im öffentlichen und parteiinternen Diskurs auch in Zukunft weiterhin eine untergeordnete Rolle einnehmen wird, bleibt das Thema (Binnen-) Migration in der Volksrepublik China auf absehbare Zeit relevant.

Zentralasien

Dr. Thomas Kunze (02.09.2015)

Während die Flüchtlingsproblematik im europäischen Raum das Tagesgeschehen dominiert, spielt es in Zentralasien nur eine untergeordnete Rolle und findet sich in der Presse kaum wieder. Erwähnung fanden nur größere Konfrontationen zwischen europäischen Polizeibehörden und Flüchtlingen, wie jene am Eurotunnel bei Calais und an der mazedonischen Grenze, wo die Regierung den Ausnahmezustand ausgerufen hat. Hervorgehoben wird zumeist die Überforderung der europäischen Regierungen und das Leid der Flüchtlinge. Da die zentralasiatischen Staaten sich jedoch selbst nur bedingt engagieren und sich das Budget für Flüchtlingshilfen seit 2010 von 33.3 Mio. USD auf 16.7 Mio. USD halbiert hat, wird die Thematik größtenteils vermieden.

Tadschikistan

Wie in den Nachbarländern gibt es auch in Tadschikistan kaum Reaktionen auf die Situation der Flüchtlinge in Europa. Viel zu sehr ist das ärmste Land Zentralasiens mit den eigenen sozio-ökonomischen Herausforderungen beschäftigt. Hinzu kommt, dass die Lage von aktuell 4000 asylsuchenden Afghanen in Tadschikistan mehr als kritisch ist und öffentliche Dis-